

## MA RWP Lectures 4

Max Schweizer

# *Ordnungsversuche in einer unfriedlichen Welt*

*Ansätze, Instrumente, Organisationen –  
kritische Betrachtungen eines früheren  
Diplomaten*

Vernetzt  
forschen.

Verantwortlich  
handeln.



# MA RWP Lectures

## Band 4



Max Schweizer

Ordnungsversuche in einer  
unfriedlichen Welt

Ansätze, Instrumente, Organisationen –  
kritische Betrachtungen eines früheren  
Diplomaten

Mit einem Vorwort von  
Antonius Liedhegener

Herausgegeben von  
ZRWP / Universität Luzern

Luzern 2023



## Vorwort

Der Friede unter den Menschen und Völkern ist ein kostbares, gegenwärtig besonders schmerzlich vermisstes Gut. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist im zweiten Jahr und wird mit unverminderter Härte geführt. Die Welt insgesamt, scheint es, ist instabiler geworden. Wir haben in der Zusammenballung der Problemlagen durch die aktuelle Polykrise aus Corona-Pandemie, Ukrainekrieg, Energieknappheit und Klimawandel erfahren müssen, dass die transnationalen Verflechtungen einer globalisierten Wirtschaft allein nicht den friedensförderlichen Effekt hervorbringen, den man sich durch die ökonomische Kooperation im globalen Massstab erhofft hat. Die Macht- und Interessenpolitik der (National-)Staaten und der in ihrem Namen handelnden Akteure hat offenkundig weiterhin ein grosses Eigengewicht, insbesondere wenn es sich um die geopolitischen Globalplayer USA, China, Russland und Indien handelt. Sie bestimmen weltweit zwar nicht allein, aber doch massgeblich über Kooperationschancen aller Art – und damit auch über Krieg und Frieden.

Der von Dr. Dr. h.c. Max Schweizer vorgelegte Text zur vierten MA RWP Lecture darf als ein Zeitzeugnis besonderer Art gelten. Unter dem Titel

«Ordnungsversuche in einer unfriedlichen Welt. Ansätze, Instrumente, Organisationen – kritische Betrachtungen eines früheren Diplomaten» nimmt Max Schweizer die jüngere Konflikt- und Friedensgeschichte im Licht der historischen Vorerfahrungen Europas in den Blick. Der ehemalige Schweizer Diplomat entfaltet in einer dichten Darstellung ein Kaleidoskop des Schreckens, Leids und Tods, entstanden durch die europäischen Kriege und Bürgerkriege der letzten Jahrhunderte. Er stellt aber auch eine bis zum heutigen Tag nicht abreisende Kette von praktischen Versuchen dar, Krieg und Chaos mit den Mitteln von Demokratie, Politik und Diplomatie zu bannen. Der Autor verweist auf einige durchaus dauerhafte Erfolge wie etwa die Schaffung der UNO 1945, des Europarats 1949 zur Durchsetzung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) oder der Europäischen Union als supranationale Friedensordnung eines geeinten Europas. Am Beispiel des *Schweizer Sonderbundskriegs* und der anschliessenden Neugestaltung der politischen Verhältnisse in der Schweiz illustriert er, dass ein dauerhafter Friede mit Vernunft, Augenmass, Pragmatismus und dem Willen zum Ausgleich unterschiedlicher Interessen gefördert und gefestigt werden kann. Gleichwohl bleibt der Text skeptisch, wenn es um anhaltende Fortschritte in

den internationalen Beziehungen und nachhaltige Friedenswahrung geht. Die Welt ist zwar weithin ein ‘global village’, in dem der technische Fortschritt und die Revolution der Kommunikationsmittel Menschen, Unternehmen und Staaten näher zueinander führt. Aber die Macht- und Interessenpolitik der Staaten, die um Ressourcen und Einflussphären kämpfen, erscheint als eine Konstante, die unter glücklichen Umständen eine labile internationale Ordnung, in der die Waffen schweigen, herbeiführt, oft aber im Krieg endet. Der so oft in der Geschichte ersehnten, dauerhafte Friedenszustand scheidet als eine zumindest prinzipiell mögliche politische Realität aus. Eher stellt der Text die Frage in den Raum, ob dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine, den weltweiten Expansionsbestrebungen Chinas und dem anhaltenden Dominanzverhalten des Westens eine Dynamik zu einem neuen, dann wohl wirklich weltweiten Flächenbrand inne wohnt – ein Szenario, das man sich vor dem Hintergrund der atomaren Bewaffnung der Gross- und mancher Mittelmächte, nicht wirklich ausmalen will. «Mit *work in progress*», so Max Schweizer, «kann man das Resultat der unzähligen Versuche und Bemühungen umschreiben, die Welt zu einem friedlicheren Ort zu machen. Etwas Besseres können wir der jüngeren Generation, den

Studierenden, leider nicht übergeben, als diese Sisyphus-Arbeit.»

Die vierte MA RWP Lecture kann dazu anregen, nicht nur den Realitäten internationaler Konflikte ins Auge zu sehen, sondern auch sich selbst Rechenschaft darüber abzugeben, ob die skeptische Sicht des Realismus die letztgültige Antwort ist: Wird das Menschheitsdrama der steten Wiederkehr von Krieg und Frieden auch im 21. Jahrhundert die Oberhand behalten? Oder könnte die kantische Vision vom ewigen Frieden nicht doch ein reales, politisch erreichbares Ziel im Rahmen einer auf Ausgleich bedachten internationalen Ordnung sein? Müsste man aus der Perspektive des politischen Liberalismus in den internationalen Beziehungen nicht alles tun, um funktionierende liberale Demokratien zu stützen und junge Demokratien zu fördern? Denn offenkundig haben zumindest bislang nur Demokratien untereinander erfolgreich institutionalisierte und damit dauerhafte Friedensordnungen geschaffen. Man könnte argumentativ vielleicht sogar noch einen Schritt weitergehen: Ist eine Weltfriedensordnung heute nicht ein Gebot praktischer Notwendigkeit sowohl für das Überleben der mehr als acht Milliarden Menschen unserer Welt als auch für den Fortbestand des

Ökosystems Erde generell? Sind nicht vielleicht erstmals in der Menschheitsgeschichte fundamentale, weltweit relevante und daher im wahrsten Sinne allgemeine Menschheitsinteressen entstanden, die kein Staat dieser Erde gänzlich übergehen kann? Der zwar schleppende, aber eben doch voranschreitende, in internationalen Abkommen vereinbarte Schutz von Umwelt und Klima könnte sich, sofern er halbwegs erfolgreich sein wird, mittelfristig auch als Motor einer stärkeren Friedensorientierung und entsprechenden Ordnungen weltweit erweisen. Kommt Religion und Religionen dabei eine Rolle zu? Wird sie positiv oder negativ sein? Diese und ähnliche Fragen sind zu stellen. Die Antworten sind offen, und sie hängen auch von einer neuen Generation von Menschen in politischen Ämtern und im diplomatischen Dienst ab, für den Max Schweizer steht und wirbt. Wir haben allen Grund, ihm für seine geteilten Kenntnisse, zahlreichen Einsichten aus erster Hand und vielen gedanklichen Anstöße zu danken.

Die Reihe der MA RWP Lectures veröffentlicht in loser Folge Beiträge, die Denkangebote und neue

wissenschaftliche Erkenntnisse auf den Schnittfeldern von Religion, Wirtschaft und Politik präsentieren. Getragen wird die Reihe vom Joint Degree Master Religion, Wirtschaft und Politik. Diese Ausgabe hat Frau Dr. Silvia Martens in ihrer Eigenschaft als Koordinatorin des MA RWP an der Universität Luzern in bewährter Form zusammen mit Frau Laura Hoffman als Mitarbeiterin redaktionell betreut. Beiden gilt ein herzliches Dankeschön.

Ein grosses Dankeschön geht an Herrn Max Schweizer für seine Bereitschaft, die vierte MA RWP Lectures zu halten. Den Text seiner Vorlesung legen wir hiermit der Öffentlichkeit vor. Ich wünsche dem Text eine weite Verbreitung und den Leserinnen und Lesern durch die Lektüre neue Einsichten und Gewinn in das Menschheitsthema von Politik und Frieden.

Prof. Dr. Antonius Liedhegener

Vorsitzender der Studiengangsleitung des MA RWP  
Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik  
(ZRWP), Universität Luzern



## Zum Autor



Foto Kilian J. Kessler - ZHAW, CC BY-SA 3.0 de,  
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=40957882>

## Max Schweizer

Max Schweizer (1950), aus Zürich, Dr. phil. II, Dr. h.c., wirkte von 1980 bis 2012 als Diplomat für die Eidgenossenschaft. Als Dozent unterrichtete er u. a. an der ZHAW School of Management and Law. Zwischen 2015 und 2019 war er Präsident des Vereins SwissDiplomats – ZürichNetwork. Er veröffentlichte eine Reihe von Büchern, die sich mit dem Thema Aussenbeziehungen beschäftigen.

## Vorbemerkungen

Mit *work in progress* kann man das Resultat der unzähligen Versuche und Bemühungen umschreiben, die Welt zu einem friedlicheren Ort zu machen. Etwas Besseres können wir der jüngeren Generation, den Studierenden, leider nicht übergeben, als diese Sisyphus-Arbeit. Der 'kategorische Imperativ', es heute im wieder geteilten Globalen Dorf weiterhin zu versuchen, ja, es wenn möglich besser zu machen, schwebt über dem Bemühen.

Zur Gliederung: Zuerst sollen die markantesten, vor allem in Europa angesiedelten oder von Europa ausgehenden Katastrophen genannt werden. Sie sollen die Dimensionen des Schreckens andeutungsweise illustrieren. Dann nenne ich die jeweiligen Versuche, das entfesselte Chaos wieder zu ordnen bzw. den neuen Gegebenheiten Strukturen zu geben. Oft enthalten diese schon die Saat für die nächste Katastrophe. Die Halbwertszeit ihrer Gültigkeit scheint kürzer zu werden. Aussenpolitische Neuregelungen bedeuten nicht, dass diese auch innenpolitische Stabilität garantieren. Daher gilt es danach auch einen Blick auf die 'Bürgerkriege' zu werfen.

Nach dem Eintritt in das atomare Zeitalter im Gefolge des *Zweiten Weltkriegs* sind auch Friedensinstitute wie Pilze aus dem Boden geschossen. Die Verkündung der universalen Menschenrechte wird begleitet von ‘Kolonialkriegen’. Sie säumen den ‘Entkolonialisierungsprozess’ seitdem. Es folgt schliesslich ein Blick auf europäische und atlantisch-europäische Organisationen, sie illustrieren die erreichte Integrationstiefe in Europa. Trotz deren Tiefe und Dichte, der Vernetzungen und der Regelwerke kommt es teilweise weiterhin zum Versagen (Balkan, Russland). Im Epilog formuliere ich unter den Titeln *Zeitenwende I* und *Zeitenwende II* persönliche Gedanken. Von *lessons learnt* kann im Blick auf die Gegenwart leider nicht gesprochen werden.

Die nachfolgenden Betrachtungen und Feststellungen basieren auf meinen beruflichen und *persönlichen* Beobachtungen und Einsichten sowie Lektüre. Mein Studium der Geographie, Geschichte und der Politischen Wissenschaften an der Universität Zürich bildete die Basis. Promoviert habe ich über ein Thema der schweizerischen Emigrationsgeschichte des 19. Jahrhunderts.

Meine beruflichen ‘Erfahrungs-Stationen’ waren Spanien, Saudi-Arabien, Südafrika, Finnland, die

baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen und die Türkei. Für helvetische Bodenhaftung sorgten drei Jahre im Bundesamt für Aussenwirtschaft (heute SECO), drei Jahre im Protokoll des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) sowie vier Jahre in Genf (World Trade Organization (WTO), European Free Trade Association (EFTA), Freihandels-abkommen).

## Die sehr harten Fakten

Seit dem Februar 2022 wird wieder viel über ‘Zeitenwende’<sup>1</sup>, ‘globale Machtverschiebungen’ und eine ‘neue Weltordnung’ debattiert. Es scheint daher zunächst angezeigt, etwas Rückschau zu halten, um die Gegenwart einordnen zu können.

Was sind die ‘grossen Versuche’, aus unserer ‘unfriedlichen Welt’, eine bessere zu machen und wann kamen sie zu Stande? Meist folgten sie auf unsäglich, mensch-gemachte Katastrophen mit unvorstellbarem Leid: Auf den Schlachtfeldern – und daneben! – hat man sich militärisch ausgetobt, den Feind unterjocht oder ist schliesslich ressourcenmässig derart erschöpft bis dann, irgendwie, doch

---

<sup>1</sup> ‘Zeitenwende’ wurde von der Gesellschaft für Deutsche Sprache als Wort des Jahres 2022 gewählt, im Nachgang zur Rede des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz vom 27.02.2022 anlässlich der russischen Invasion in die Ukraine.

noch, wenn auch nur ansatzweise, eine gewisse Vernunft einsetzte. Betrachten wir fünf herausragende Beispiele, die vor allem Europa betrafen (Tab. 1).

Tab. 1

### Verheerende Kriege in Europa (1618–1945)

Dauer	Krieg	Anzahl Tote
1618 – 1648	Dreissigjähriger Krieg	5,8 Mio
1701 – 1714	Spanischer Erbfolgekrieg	0,5 Mio
1803 – 1815	Napoleonische Kriege	4,5 Mio
1914 – 1918	Erster Weltkrieg	20 Mio
1939 – 1945	Zweiter Weltkrieg	60 Mio

Quelle: Kriege und Anzahl Todesopfer entnommen der Darstellung unter <http://commons.ch/deutsch/wp-content/uploads/Tödlichste-Kriege-aller-Zeiten-2.pdf>, zuletzt abgerufen am 18.07.2023.

Die ‘mittlere Schätzung’ nennt für den *Dreissigjährigen Krieg* – im Vergleich zu den beiden Weltkriegen mit 20 bzw. 60 Millionen Toten – eine ‘relativ’ kleine Zahl von 5,8 Millionen. Das täuscht allerdings. An der damaligen Bevölkerung gemessen erreichte dieser zentrale Krieg der Frühen Neuzeit einen Spitzenplatz auf der Skala des Leids. Ganze Landstriche waren verödet und brauchten zum Teil an die hundert Jahre, bis sie wieder besiedelt waren.<sup>2</sup>

Beim *Spanischen Erbfolgekrieg* führten Frankreich und das habsburgische Österreich von 1701 bis 1714 einen Krieg um die ‘frei gewordene’ spanische Krone. Der Konflikt wurde mit unterschiedlichen Allianzen in vielen Regionen Europas (und in Übersee) ausgetragen. Er forderte ca. 500'000 Tote.

In den *Napoleonischen Kriegen* war Europa wieder für Jahre fast ununterbrochen Schauplatz erbitterter Kämpfe zwischen Frankreich und Bündnissen anderer Mächte (Russland, Preussen, Grossbritannien). Den auch als Koalitionskriegen bezeichneten Auseinandersetzungen fielen schätzungsweise 4,5 Millionen Menschen zum Opfer.

---

<sup>2</sup> Vgl. Münkler, Herfried. *Der Dreissigjährige Krieg: Europäische Katastrophe, Deutsches Trauma 1618 – 1648*, Berlin 2017, 4. Aufl., S. 29–31.

Was den *Zeiten Weltkrieg* im Vergleich zum *Ersten* betrifft, so liegt eine dreifache Steigerung der Zahl der Toten in einer vergleichbaren Zeitspanne vor. Von 'Effizienzsteigerung' des Krieges in der Moderne zu sprechen, mutet pietätlos an, aber für die Zukunft bietet die Atombombe genau das potenziert an.

Das menschliche Fassungsvermögen, sich eine Zahl von 'Millionen an Toten und Mehr' vorzustellen, ist beschränkt. Eine bedrückende Illustration der Zahlen gewährt der Besuch der zahlreichen Soldatenfriedhöfe aus dem I. und II. Weltkrieg. In der Normandie etwa reihen sich die Gräber und Kreuze der Toten der Alliierten des *D-Days* soweit das Auge reicht.

Um das Mass voll zu machen, sei noch an die Verletzten bzw. an die Verkrüppelten erinnert, die in der Folge als lebendige Mahnmale an die Gräueltaten der Kriege erinnern. Die Bilder des Malers Otto Dix sind hier in Erinnerung zu rufen. Und schliesslich gibt es die zwar körperlich Unversehrten, aber an psychischen und seelischen Kriegswunden Leidenden. – Nicht nur für die Studierenden und Absolventen des Masters in Religion, Wirtschaft und Politik sei selbstverständlich auch auf die zerstörte Infrastruktur für Produktion und Verkehr

sowie die zerstörten Wohngebäude etc. verwiesen. Die Kriege und damit zusammenhängende Themen spiegeln sich in Literatur (z. B. Ernst Jünger, ‘Stahlgewitter’), im Theater (z. B. Berthold Brecht, Carl Zuckmayer) und in der Malerei (z. B. Otto Dix). Nach dem Zweiten Weltkrieg sprach man von ‘Trümmer-Literatur’. Als deren wichtigster Repräsentant gilt der frühere Oberleutnant Heinrich Böll. Heute dichtet z. B. der Pfarrer und Autor Ulrich Knellwolf Gedichte über den Krieg in der Ukraine.

Zwischenruf:

*«Die Welt ist viel besser, als Sie glauben! –  
Kriege, Krisen, Katastrophen – junge  
Menschen blicken furchtsam in die Zukunft,  
Aktivistinnen rufen einen Gebärstreik aus.  
Dabei zeigt ein rationaler Blick auf die  
langfristigen Trends: Die Welt entwickelt  
sich in wichtigen Bereichen positiv. Nur will  
das keiner sehen.»*

So Judith Blage in der NZZ vom 19.07.2022.

## Fünf Lösungsversuche

Summarisch werden nachfolgend wichtige europäische und amerikanische Bestrebungen genannt, im Chaos Ordnung zu schaffen. Sie sind der Versuch, 'Frieden' herzustellen und z. T. ein internationales System des Ausgleichs für die Bewältigung von Spannungen und Konflikten zu kreieren.

Betrachtet man die Zeit vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, so ist diese eine Zeit des unglaublichen technologischen Fortschritts. Entsprechend hat sich nicht nur die ganze Kriegstechnologie und Kriegsführung entwickelt, sondern auch jene der Friedens- und Konferenzdiplomatie. Man denke etwa an die sich laufend verbesserten Kommunikationsmittel, mit denen die Verhandelnden in Kontakt zu ihren jeweiligen Zentralen stehen. Von der Mühsal der Aushandlung des Westfälischen Friedens bis zu den heutigen, fast Echtzeit-Gesprächen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen war es ein weiter Weg.

Gleicherweise haben sich die Regierungs- und Gesellschaftsstrukturen grundlegend verändert. Aus dem Obrigkeitsstaat à la Louis XIV (*L'état – c'est moi!*) sind in der westlichen Welt, teilweise aber auch in anderen Teilen der Welt, demokratische Gebilde

entstanden, deren Führungen in der Regel danach trachten, wieder gewählt zu werden.

Vertieft können hier weder die Tragödien der einzelnen kriegerischen Auseinandersetzungen noch die Details der jeweiligen 'Friedenslösungen' betrachtet werden. Das Schweigen der Waffen bedeutet zudem noch lange nicht ein Ende der Tragödien im Einzelnen oder gar im Kollektiv (erinnert sei z. B. an den griechischen und türkischen Bevölkerungsaustausch, die Vertreibung der Sudetendeutschen, die Verschiebung der Grenzen von Polen etc.).

Steckbriefartig soll im Folgenden an wichtige Lösungsversuche erinnert werden.

## Westfälischer Friede

**Wann:** 1648 (24. Oktober: Unterzeichnung nach fünfjährigen Verhandlungen)

**Wo:** Münster und Osnabrück

**Wer:** Münster – Kaiser und Frankreich etc., Osnabrück – Kaiser und Schweden etc.

**Wichtigste Resultate:** Religionsfrieden, Regelungen bezüglich Verfassungsverhältnisse von

Kaiser und Reichsständen. Um die heiklen Fragen der 'Rangordnung' zu umgehen, wurden zwei Gesprächsorte bestimmt. Parallel zu den jahrelangen Verhandlungen wurde weitergekämpft.

**Besonderes:** Entlassung der Eidgenossenschaft aus dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation; früherer Austritt der Niederlande bestätigt.

## Friedensverhandlungen Spanischer Erbfolgekrieg

### **Wann:**

1709 – Erste Gespräche gescheitert

1710 – Erneute Verhandlungen - Kongress von Gertruydenburg

1713 – Friede von Utrecht

1714 – Friede von Raststatt

1714 – Friede von Baden

**Wo:** Utrecht (1713), Raststatt (1714), Baden (1714)

**Wer:** Heiliges Römisches Reich, Grossbritannien, Vereinigte Niederlande, Preussen, Savoyen, Portugal *versus* Frankreich, Spanien, Bayern.

**Wichtigstes Resultat:** ‘Mächtegleichgewicht in Europa’

**Besonderes:** Man spricht hier von einem ‘dynastischen Konflikt’. Die Auseinandersetzungen reichten über den europäischen Kontinent hinaus, für manche gelten sie deshalb als Vorläufer für die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts.

## Wiener Kongress

**Wann:** 1814, 1815

**Wo:** Paris, Wien

**Wer:** Die vier Siegermächte Österreich, Preussen, Russland und Grossbritannien sowie später auch das geschlagene Frankreich

**Wichtigste Resultate:** ‘Friedenserhaltungskonzept’, Restauration, substantielle ‘Gebietsbereinigungen’

**Besonderes:** Entwicklung der Konferenz-Diplomatie, Klärung der Rangordnungsfragen, Bestätigung der Neutralität der Schweiz (kath. Jura zum protestantischen Kanton Bern)

## Pariser Vorortverträge

**Wann:** 1919, 1920

**Wo:** Paris

**Wer:** Die Alliierten mit den Verlierern:

10. September 1919 der *Vertrag von Saint-Germain* mit Deutsch-Österreich,

27. November 1919 der *Vertrag von Neuilly-sur-Seine* mit Bulgarien,

4. Juni 1920 der *Vertrag von Trianon* mit Ungarn

10. August 1920 der *Vertrag von Sèvres* mit dem Osmanischen Reich

Schaffung des Völkerbundes (Präsident Wilsons 14 Punkte)

**Kommentar:** Die Schaffung des Völkerbunds, initiiert von Präsident Wilson, musste schliesslich ohne die USA auskommen. Das daraus resultierende französische Übergewicht trug nicht zu einer stabilen Regelung bei.

**Substantielle Grenzverschiebungen:** z. B. Südtirol zu Italien, Teile Ungarns zu Rumänien. Nach-Verhandlungen von Lausanne bezüglich Türkei (1922/23) – Substantieller Bevölkerungsaustausch Griechenland – Türkei.

Drei Beispiele zum Völkerbund seien angeführt, eines, das eine friedliche Lösung ermöglichte, und zwei, die ein Versagen des Völkerbunds dokumentieren:

**Beispiel 1:** Aaland – zu Schweden oder zu Finnland? Gelungener Fall

**Beispiel 2:** Vilnius, Hauptstadt Litauens. Polnische Besetzung: Versagen des Völkerbunds, verursacht durch französisch-polnische Diplomatie auf Kosten Litauens

**Beispiel 3:** Irak, Genozid an den assyrischen Christen: Als Mitglied hat der Irak dies sozusagen vor den Augen des Völkerbunds vorbereitet und durchgeführt; ein Versagen auch der britischen Diplomatie

## Schaffung der Vereinten Nationen (UN)

**Wann:** 1941–1945

1941 Formulierung der Atlantik-Charta (Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill)

1942 16 Alliierte unterzeichnen die Deklaration der Vereinten Nationen

1945 Ziele und Prinzipien werden von 50 Staaten verabschiedet

**Wer:** USA und Alliierte (inkl. Sowjetunion)

**Wo:** San Francisco

**Wichtigste Organe:**

- Die Generalversammlung
- Der Sicherheitsrat
- Das Sekretariat mit dem Generalsekretär
- Der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC)
- Der Internationale Gerichtshof
- Der Treuhandrat

**Kommentar:** Mit dem frühen Beginn der Vorbereitungen versuchte man zu vermeiden, dass der amerikanische Kongress am Schluss einen Beitritt wieder ablehnt. Im Gegensatz zum Völkerbund ist aus der UNO eine weltumspannende Organisation geworden (heute 193 Mitglieder), die allerdings stark den Werten des Westens (nach dem *Zweiten Weltkrieg!*) verpflichtet ist.

**Zur schweizerischen Mitgliedschaft:** Seit 2002; die Schweiz ist das einzige Land, das eine Volksabstimmung bezüglich der Beitrittsfrage zu

bestehen hatte. 1986 wurde eine Mitgliedschaft noch abgelehnt (*Kalter Krieg*).

**Fazit:** Die verschiedenen Bemühungen brachten jeweils für Jahrzehnte relativen Frieden oder eine erzwungene ‘Friedhofsruhe’. Zwischen den einzelnen Staaten oder innerhalb schwelten die Konflikte oft weiter, ein wirklich grosser ‘Flächenbrand’ konnte indessen vermieden werden. Mit den Vereinten Nationen ist man der Vision des Philosophen Immanuel Kant nach einem ‘Weltfrieden’ etwas nähergekommen.

Auf die auch als Friedensprojekt bezeichnete Europäische Union (EU), die 2012 den Friedensnobelpreis erhielt, wird später noch eingegangen.

## Die Toten der Bürgerkriege

Besonders schmerzvolle Auseinandersetzungen sind Bürgerkriege, die oft auch als ‘Bruderkriege’ bezeichnet werden. Ihre Wunden verheilen nur langsam, noch Jahrzehnte später wissen die Nachfahren genau, wer auf welcher Seite gekämpft hat. Weder in Finnland (1918) noch in Spanien (1936–1939) waren die Wunden wirklich verheilt, als ich Ende des letzten Jahrhunderts als Diplomat vor Ort

lebte. In Iberien werden noch heute neue Gesetze geschmiedet, um die Bürgerkriegsgeschichte mit ihren nationalen Traumata aufzuarbeiten.

Betrachtet sei zuerst eine politisch-theologisch motivierte Auseinandersetzung in der Schweiz: Der *Sonderbundskrieg* von 1847. Danach folgt eine Episode aus dem Bürgerkrieg von 1848 bis 1849 bei unserem unmittelbaren Nachbarn, dem damaligen Grossherzogtum Baden. Ein Blick gegen das Ende des 19. und einer ins 20. Jahrhundert zeigt die grössere Dimension des Themas.

Der letzte Bürgerkrieg in unserem Land liegt relativ lange zurück und dauerte nur kurz: 26 Tage vom 3. bis zum 29. November 1847. In seinem Rahmen waren etwa hundert Tote und 500 Verletzte zu beklagen. General Dufour behandelte die niedergeworfenen Sonderbündler mit helvetischem Augemass und schuf damit die Voraussetzungen für einen günstigen Heilungsprozess. Mit dem Sieg über die Katholiken von Freiburg und die Inner-schweizer Kantone war der Weg frei zur Schaffung des modernen Bundesstaates nach amerikanischem Vorbild. Das Vorbild betraf die Stellung der Kantone, dem Pendant zum amerikanischen Senat, die mit dem Ständerat über ihre eigene Kammer mit Vetorecht verfügen sollten, nicht aber die Form der

Regierung an sich: Hier wählte man statt eines Präsidenten das komplizierte System eines Gremiums von sieben gleichwertigen Mitgliedern, die zusammen das Staatsoberhaupt bilden, mit all seinen Vor- und Nachteilen. Mit Elan und Patriotismus startete der neue Bundesstaat 1848 und schuf erste, zentral organisierte Bereiche – Mass, Gewicht, Post und Zölle wurden vereinheitlicht, die Handels- und Gewerbefreiheit in die Verfassung geschrieben.<sup>3</sup> Anders waren die Verhältnisse im direkt benachbarten Grossherzogtum Baden, wo 1848 auch hessische und preussische Truppen eine Erneuerung der Staats- und Gesellschaftsstrukturen entscheidend verhinderten. Die geschlagenen ‘Revolutionäre’ flohen, sofern sie konnten, in die Schweiz, dann in die USA, wo sie später auch am Sezessionskrieg (1861–65) teilnahmen (‘Hecker-Regiment’). Für die Zeitphase bis zur Jahrhundertwende werden etwa 80'000 Auswanderer aus dem Grossherzogtum Baden in die USA genannt.

Eine erste aussenpolitische und militärische Probe, die rückblickend einer Art Posse ähnelt, hatte der junge schweizerische Bundesstaat bereits 1849 zu bestehen. Hessische Truppen fuhren ausgerechnet

---

<sup>3</sup> Vgl. dazu Widmer, Sigmund: *Illustrierte Geschichte der Schweiz*. 4., erw. Aufl. Zürich, Verlag Ex Libris 1977.

mit einem Schiff namens ‘Helvetia’ von Konstanz in die Enklave Büsingen, um dort drei echte oder vermeintliche ‘Revolutionäre’ gefangen zu nehmen. Dabei durchquerten sie unbefugt und zunächst unerkannt schweizerisches Territorium. Schliesslich wurden seitens der Eidgenossenschaft 24'000 Mann aus mehreren Kantonen mobilisiert, auch etwa aus dem ehemaligen Sonderbunds-Kanton Schwyz, und General Dufour wurde reaktiviert. Die Grenzverletzung konnte schliesslich ohne Blutvergiessen bereinigt werden. Opfer war indes ein einzelner ‘Revolutionär’ – der Büsinger Tierarzt Güntert. Nach 50 Tagen Haft in Konstanz wurde auch er freigelassen: Damit erging es ihm besser als den im Grossherzogtum Baden hingerichteten Revolutionären.

Mit der Demokratischen Bewegung ergab sich 1871 in der Schweiz eine erste Anpassung der Verfassung von 1848, was von einer gewissen Elastizität des Systems zeugte.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts nahmen die Werktätigen im Industriesektor allgemein stark zu, man spricht vom ‘industriellen Proletariat’. Tiefe Löhne und ein meist rechtloser Zustand charakterisierten die ‘Arbeiterklasse’. Je mehr ihre Konzentration fortschritt, desto stärker stiegen die

Spannungen zwischen den verschiedenen Gesellschaftsklassen. Der Ausbruch des I. Weltkriegs lenkte mit seinem nationalistischen Taumel anfänglich davon ab, gegen Ende explodierten die Verhältnisse jedoch. In Russland brach die Revolution aus (1917–1920), in Finnland herrschte ein Bürgerkrieg (1918) und in Deutschland begannen bürgerkriegsähnliche Zustände zu dominieren. In der Schweiz bildete der ‘Landesstreik’ von November 1918 mit drei Toten den Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen der politischen Rechten und Linken. Der Anlass wurde politisch schliesslich doch genutzt, um soziale Verbesserungen herbeizuführen.

Im Osmanischen Reich nahmen ab 1915 jene Ereignisse ihren Lauf, die in der verschleiernenden türkischen Sprachregelung als ‘traurige Vorkommnisse’ benannt werden, in der Sprache vieler ausländischer Regierungen aber als Genozid gelten: Die Ermordung von ca. 300'000 bis 1,5 Millionen Armeniern.

Auf internationaler Ebene wurde im Rahmen des Völkerbundes, aus Angst, die russische Revolution könnte sich ausbreiten, 1919 mit der ILO (Internationale Arbeitsorganisation, Sitz in Genf) eine beachtliche Institution geschaffen: Sie umfasst die

drei Partner ‘Gewerkschaften’, ‘Unternehmer’ und ‘Regierungen’.

In der Schweiz kam 1937 das sogenannte ‘Friedensabkommen’ zwischen den Arbeitnehmerverbänden und dem Arbeitsgeberverband zu Stande. Mit seinen Spielregeln sicherte es den Arbeitsfrieden auf Jahre hinaus.

Für Europa sind als weitere Bürgerkriege Irland (1922–1923; in Nordirland bis zum Karfreitagsabkommen von 1998) und Österreich (1934) zu erwähnen, die z. T. verschiedene Ursachen hatten. Sie alle übertraf in punkto Dauer und Heftigkeit der *Spanische Bürgerkrieg* (1936–1939) mit etwa 500'000 Toten. Gesetzeswidrig kämpften auch Schweizer auf beiden Seiten. Unterstützung erhielt die demokratisch gewählte Volksfrontregierung u. a. von der Sowjetunion, die ‘Putschisten’ unter General Franco z.B. von Deutschland (‘Legion Condor’). Die Lektüre von Ernest Hemingway («Wem die Stunde schlägt») oder Arthur Koestler («Ein spanisches Testament») vermitteln einen Eindruck der Tragödie.

**Fazit:** Als diplomatischer Vertreter der Schweiz kann man auf eine vergleichsweise unblutige Bür-

gerkriegsgeschichte zurückschauen. Die entsprechende, ‘nationale DNA’ ist so stärker als andernorts auf ‘Ausgleich’ gestimmt. Mit viel Glück im Aussenpolitischen und einer mehrheitlich arbeitssamen Bevölkerung ergab sich schliesslich die heutige Schweiz als eine, wenn nicht *die* ‘Insel der Seligen’. Die recht friedliche Ausgründung des Kantons Jura 1979 aus dem Kanton Bern war schliesslich eine Reifeprüfung der helvetischen ‘praktischen Vernunft’.

Zwischenruf:

*«Das Geheimnis des Glücks besteht darin, sich der Tatsache bewusst zu stellen, dass die Welt schrecklich, schrecklich, schrecklich ist.»*

Bertrand Russell

## Atomsprengköpfe und Friedensinstitute

Nach dem im August 1945 erfolgten Abwurf von zwei Atombomben durch die USA auf Japan wusste die Welt von der Gefährlichkeit dieser Waffe. Auf die erste Atommacht USA folgte 1949 mit der Sowjetunion die zweite. Damit lag erstmals eine Art

‘Gleichgewicht des Schreckens’ vor. Die Welt teilte sich in zwei Blöcke: den demokratischen Westen und den kommunistischen Osten. Der eiserne Vorhang teilte Europa bis 1989/1990. Während über ‘Erst- und Zweitschlag-Kapazität’ diskutiert wurde, stiessen Grossbritannien (1952) und Frankreich (1960) als Atommächte nach. Es folgten China, Indien, Pakistan und Israel. Iran und Nordkorea verursachen mit ihren angestrebten atomaren Bewaffnungen seit Jahren internationale Beunruhigung. Längst liegt aufgrund der Zahl an Atomsprenköpfen ein atomarer Overkill vor.

In Westeuropa sind auch in Nicht-Atommächten Sprengköpfe gelagert, so in Belgien (Peer), Deutschland (Fliegerhorst Büchel), Italien (Flughafen Rimini), den Niederlanden (Uden) und der Türkei (Incirlik). Die Schweiz hat ihren Forschungsreaktor in Lucens 1969 nach einem Unfall eingestellt und ist dem Atomsperrvertrag beigetreten.

Seit dem Zweiten Weltkrieg liegt die groteske Situation vor, dass einerseits atomar verstärkt aufgerüstet wird, andererseits immer mehr Friedensforschungsinstitute, Lehrstühle für Konfliktbearbeitungen, Friedensabteilungen in Aussenministerien und natürlich, neben den NGOs, staatliche internationale Organisationen mit ähnlichen Zielen

existieren. Drei Beispiele für die Schweiz sind: (1) die *Schweizerische Friedensstiftung* – heute *swisspeace* – an der Universität Basel, (2) das Institut de hautes études internationales (HEI) – heute *Graduate Institute of International and Development Studies* oder *Geneva Graduate Institute* (IHEID) und die drei ‘Sicherheitszentren’ in Genf: (Geneva Centre for Security Policy (GCSP), Geneva International Centre for Humanitarian Demining (GICHD) und Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF), sowie (3) das Zentrum für Sicherheitsstudien (CSS) an der ETH Zürich.

Eine Flut von Publikationen und Konflikt-Lösungs-Theorien bilden dabei eine Art theoretischen Überbau: der praktische Nutzen davon sei hier nicht beurteilt – Konflikte sind jedenfalls, weltweit gesehen, leider weiterhin keine ‘Mangelware’ (vgl. unten).

Die Kuba-Krise von 1962 liess die beiden grossen Atommächte die Schwelle eines nuklearen Schlagabtausches knapp nicht überschreiten. Der potentielle Super-GAU führte dazu, dass zwischen ihnen gewisse bilaterale Sicherungen (‘Rote Telefone’) eingebaut wurden. Heute, mit der Vielzahl der atomaren Akteure, ist die Situation unübersichtlicher und somit wieder unstabiler geworden. Dass

eine Atommacht *offen* mit dem Einsatz nuklearer Waffen droht, so wie dies der russische Präsident Putin 2022 verschiedentlich gemacht hat, ist im Konzert der grossen Mächte neu und beunruhigend.

Und seit Jahren rühmen sich etwa westeuropäische Regierungen mit China einen sogenannten ‘Menschenrechtsdialog’ zu führen, während gleichzeitig der Druck auf die uighurische Minderheit in China weiter steigt. Die frühere höchste Repräsentantin der UNO für Menschenrechte, Michelle Bachelet, reiste 2022 nach China, ohne die Missstände in den chinesischen Lagern in ihrem Bericht überhaupt nur anzusprechen.

Ein Rundblick aus Helvetien auf aktuelle oder potentiell explosive Regionen ergibt die folgende, imposante Länderliste: Äthiopien, Afghanistan, Armenien, Aserbaidshan, Burkina Faso, China, Eritrea, Georgien, Haiti, Irak, Iran, Jemen, Kirgistan, Kongo, Kosovo, ‘Kurdistan’, Kuba, Libanon, Libyen, Mali, Mexiko, Myanmar, Niger, Nigeria, Nordirland, Nordkorea, Pakistan, Philippinen, Russland, Serbien, Somalia, Sudan, Südsudan, Syrien, Taiwan (China), Tadschikistan, Türkei, Ukraine, Venezuela, Zypern.

Angesichts der gut über dreissig Konfliktherde lautet die bohrende Frage: Haben denn all die Friedensbemühungen, die die Friedensvertreter mit ihren Friedens-Theorien und -Therapien seit 1945 angewandt haben, nichts gefruchtet? Der Optimismus einiger jedenfalls scheint ungebrochen. So singt etwa der Held im Lied von Tim Bendzko davon «Nur noch kurz die Welt (zu) retten», bevor er eventuell wieder Zeit findet, sich seiner Partnerin zuzuwenden.

## Menschenrechte und Dekolonialisierung

Die Grausamkeiten während des *Zweiten Weltkrieges* sollten künftig nicht nur zwischenstaatlich verhindert werden, sondern auch innerstaatlich. Dazu dient ein Katalog an Menschenrechten – mit ‘allgemeiner Gültigkeit’. Mit diesem westlichen Konzept wird die ‘absolute Souveränität’ von Staaten weltweit begrenzt.

Unter dem Vorsitz der früheren US-Präsidenten-Gattin, Eleanor Roosevelt, begann 1946 die soeben gegründete UNO-Menschenrechtskommission mit der entsprechenden Arbeit. Das Resultat wurde 1948 vorgestellt. Unter dem Titel ‘Allgemeine Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen’

(AEMR) wurde der Katalog von der Generalversammlung der Vereinten Nationen einstimmig angenommen (48 zu 0, bei 8 Enthaltungen). Stimmenthaltung kamen von Südafrika und Saudi-Arabien sowie den Ostblockstaaten Sowjetunion, Ukraine, Weissrussland, Polen, ČSSR sowie Jugoslawien. Auf der Arabischen Halbinsel herrschte noch Sklaverei und in Südafrika begann gerade die rigide Form der Apartheid.

Im Europarat wurde 1950 die ‘Menschenrechtskonvention der europäischen Staaten’ unterzeichnet, 1961 folgte die ‘Europäische Sozialcharta’. Dafür zuständig sind die ‘Europäische Kommission für Menschenrechte’, das ‘Ministerkomitee des Europarats’ und der ‘Europäische Gerichtshof für Menschenrechte’.

Als Resultat hielt ein Autor um 1970 schliesslich stolz fest, dass die Garantie der Menschenrechte auf zwischenstaatlicher Ebene in keinem anderen Teil der Welt so stark ausgebildet sei wie bei den Mitgliedern des Europarats: Was für ein Fortschritt nach dem Zweiten Weltkrieg! Dass Papier geduldig ist und feierliche Deklarationen noch umgesetzt werden müssen, bleibt anzumerken.

Nach 1945 ging der Imperialismus des 19. Jahrhunderts, der die Welt unter den führenden Staaten Europas in einem Wettlauf um die Gebiete aufzuteilen sucht, allmählich seinem Ende entgegen.

Bezüglich der nach 1945 einsetzenden Entkolonialisierung präsentiert sich aus Distanz betrachtet etwa folgendes Bild: Der *Zweite Weltkrieg* wurde auch gegen den Rassismus des Nationalsozialismus geführt. In der westlichen Hemisphäre wurde nach dem Krieg versucht, aus der ‘unfriedlichen Welt’ eine bessere zu machen. Doch gleichzeitig führten die europäischen Kolonialmächte nach 1945 auch weiterhin Militäraktionen gegen Unabhängigkeitsbestrebungen und Aufstände in ihren Kolonien. Vier Beispiele europäischer Kolonialmächte seien genannt:

- **Niederlande:** Nach den Japanern versuchte die niederländische Regierung Indonesien wieder zurückzuerobern, 1949 erlangte es die Unabhängigkeit. Kriegsverbrechen blieben bei den zwei sogenannten ‘Polizeiaktionen’ nicht aus. Die Auseinandersetzung mit den Vereinten Nationen, den USA und asiatischen Ländern brachten

die Niederlande schliesslich auf den ‘richtigen’ Kurs.<sup>4</sup>

- Belgien: Die belgische Kolonialherrschaft über den Kongo endete 1960 abrupt. Der gewählte Ministerpräsident Patrice Lumumba kam 1961 unter amerikanischem Einfluss ums Leben, er wurde von belgischen Vertretern erschossen. In Europa hatten zuvor die ‘Kongo-Gräuel’ für Erschütterung gesorgt.<sup>5</sup>
- Grossbritannien: Die praktisch finanziell bankrotte britische Kolonialmacht hatte, leicht übertrieben, ein ganzes Weltreich aufzulösen. Hier sei kurz das Beispiel von Kenia betrachtet. 1952 rief die Kolonialverwaltung den Ausnahmezustand aus, eine Million Einheimische wurden interniert (Konzentrationslager/Internierungslager, Begriff geht auf den *Zweiten Burenkrieg*, Lord Kitchener, zurück), 1956 galt die oppositionelle Mau-Mau-Bewegung als besiegt. 1960 erfolgte die Aufhebung des Ausnahmezustands, 1963 die Unabhängigkeit. Zu beklagen waren etwa 25'000 Tote.

---

<sup>4</sup> Vgl. van Reybrouck, David: *Revolusi – Indonesien und die Entstehung der Modernen Welt*, Berlin, 2022, S. 438 – 529.

<sup>5</sup> Vgl. van Reybrouck, David: *Kongo. Eine Geschichte*, Berlin, 2012, S. 362 – 368.

- Frankreich, unser Nachbar: 1958, bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) galt der Norden Algeriens noch als integraler Teil des französischen Mutterlandes (‘Algerien ist Frankreich’) und wurde somit auch EWG-Mitgliedsgebiet. Bis zum Waffenstillstand bzw. bis zur Unabhängigkeit Algeriens dauerte der Krieg von 1954 bis 1962. Je nach Quelle sind zwischen 350'000 und 1,5 Millionen tote Algerier zu beklagen, seitens französischer Soldaten werden 17'500 Tote genannt.

Nicht zu vergessen sind Spanien und Portugal mit ihren jeweiligen Kolonien. Selbstverständlich komplizierte der *Kalte Krieg* mit der Sowjetunion die Verhältnisse stark. Man pflegte auch Stellvertreterkriege zu führen. Mit Südafrika wurde der ‘Dekolonialisierungs-Prozess’ der Welt quasi symbolisch abgeschlossen und die weiße Vorherrschaft im Land der Apartheid mit den ersten allgemeinen Wahlen von 1994 beendet.

Insgesamt muss man von einer doppelten Entwicklung sprechen: Kriegerische Auseinandersetzungen mit den Kolonien einerseits, und die Entwicklung einer sich langsam anbahnenden Menschenrechtskultur in den Mutterländern andererseits. Von den ehemaligen Kolonien aus betrachtet

musste Vieles als klassische ‘europäische Doppel-moral’ erscheinen.

### «Internationales». Sechs Beispiele

Die Vereinten Nationen (UNO) mit ihrem Sicherheitsrat stehen 2023 in der medialen Aufmerksamkeit der Schweiz. Helvetien wurde von der UN-Generalversammlung mit 187 Stimmen für die Dauer von zwei Jahren in das illustre Gremium gewählt. Die Stimmzahl beeindruckt so lange wie man nicht mit den Resultaten von Mosambik (192), Ecuador (190), Malta (185) und Japan (184) vergleichen kann, sie wurden in der EDA-Pressemeldung nicht erwähnt.

Im Folgenden sollen sechs hauptsächlich europazentrische bzw. europarelevante Organisationen kurz betrachtet werden (Tab. 2). Sie haben wesentlich zum materiellen und moralischen Wiederaufbau und zur Stabilität des westlichen Nach-Kriegs-Europas beigetragen. In ihrem Rahmen konnten die hiesigen Staaten, oft unter der weisen Führung der USA, gegenseitig Abstimmung und Zusammenarbeit einüben. Gewisse Aspekte sollen hervorgehoben werden, allgemeine Angaben finden sich auf den jeweiligen Websites oder in der Literatur.

Tab. 2

**Wichtige inter- und supranationale Organisationen nach Gründungsjahr oder Aufnahme der Tätigkeit**

Organisation for European Economic Co-operation (OEEC), Organization for Economic Co-operation and Development (OECD)	1948
International Trade Organisation (ITO), General Agreement on Tariffs and Trade (GATT), World Trade Organization (WTO)	1948
Europarat	1949
North Atlantic Treaty Organization (NATO)	1949
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Europäische Gemeinschaft (EG), Europäische Union (EU)	1958
European Free Trade Association (EFTA)	1960
Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	1975

Quelle: Eigene Zusammenstellung

### *Zur OEEC und OECD*

Im Zusammenhang mit der amerikanischen Marshall-Hilfe für den Wiederaufbau des kriegsverwüsteten Europas forderten die USA einerseits statistisches Grundlagenmaterial und andererseits eine Zusammenarbeit der hiesigen, kleinräumigen Nationalstaaten. ‘Integration’ war das Losungswort des Vertreters der USA (Paul Hoffmann), der in grösseren geographischen Einheiten zu denken gewohnt war. In diesem Zusammenhang entstand die OEEC (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit), die 1961 in die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) umgewandelt wurde. Sie umfasst heute weltweit 37 Mitgliedsländer, die über marktwirtschaftliche Systeme verfügen und ein höheres Entwicklungsniveau aufweisen. Sie führt auch teilweise das Sekretariat für die G-7. Eine gewisse Schrittmacher- und Koordinationsrolle im Zusammenhang mit der Durchsetzung einer Mindeststeuer von 15% für Unternehmen liegt ebenfalls bei ihr. Die OECD kann, pointiert formuliert, als Beispiel dafür gelten, dass eine einmal geschaffene Organisation nie mehr stirbt, sondern sich immer

neue Betätigungsfelder für ihre weitere Existenz erschliesst.

### ***Zur ITO, dem GATT und der WTO***

Dass Havanna 1947 Verhandlungsort einer internationalen Konferenz für die Schaffung einer Welt-handelsorganisation (International Trade Organisation ITO) war, wirkt heute leicht surreal. Im Rahmen der Bretton Woods-Gespräche von 1944 war neben dem Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank eine solche Organisation vorgesehen. Als Ergebnis der Verhandlungen (mit schweizerischer Beteiligung) lag ein fertiges Konzept für eine internationale Organisation vor, basierend auf der erarbeiteten ‘Havanna Charta’. Das Vorhaben wurde dem amerikanischen Kongress aber nie unterbreitet. Man rechnete mit einer Ablehnung, dies obwohl 23 Staaten die Charta vorher unterzeichnet hatten, darunter auch die Schweiz. Dem ausgehandelten Werk entnahm man das darin enthaltene ‘Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen’ (GATT) und verselbständigte es organisatorisch. In Genf errichtete man dafür eigens ein Sekretariat – somit lag nur ein Vertrag und damit keine ‘internationale Organisation’ vor, die die Zustimmung des Kongresses bedingt hätte.

Im Rahmen des GATT senkte man in acht Verhandlungsrunden die nach dem Zweiten Weltkrieg rekordhohen Einfuhrzölle auf durchschnittlich 4 Prozent. Im Rahmen der Uruguay-Runde, die von 1986 bis 1993 dauerte, entschieden die Mitglieder schliesslich, die ‘World Trade Organisation’ (WTO) zu gründen. Die handelspolitischen Spielregeln wurden weiter verfeinert, ein verbesserter Streit-schlichtungsmechanismus geschaffen, der bis vor einiger Zeit leidlich funktionierte. Die WTO hat heute 164 Mitglieder, sie ist also weltumspannend. Die Verhandlungen für weitere Liberalisierungsschritte laufen nur schleppend, da jeweils alle Mitglieder zustimmen müssen.

Die Welt stellt heute eine Art ‘Globales Handelsdorf’ dar, sie besteht aus internationalen Lieferketten, freilich mit einer jetzt wieder verstärkt in Frage gestellten ‘Just-in-time-Produktion’. Die Schwierigkeiten mit China (Beitritt 2001) und Russland (Beitritt 2011), die das Bild aktuell trüben, sollten bei der Beurteilung nicht überbewertet werden. Im Rahmen der ‘Globalisierung’ gab es immer wieder Rückschläge, der längerfristige Wachstumstrend blieb. In jedem WTO-Mitgliedsland gibt es heute ‘Welt-Handels-Spezialisten’, die

ihr eigenes Fachvokabular pflegen. Die handelstechnische Sprache wird angesichts der wachsenden Themenvielfalt immer komplexer.

### *Zum Europarat*

Nach rund 30 Jahren ist Russland in Folge des Angriffs auf die Ukraine 2022 aus dem Europarat ausgeschlossen worden, es kam dem Ausschluss mit seinem eigenen Austritt zuvor. Die Illusion eines Europarates von ‘Lissabon bis nach Wladiwostok’ ist geplatzt, die Absicht, Russland ‘westlich einzu-binden’, gescheitert. Dass seinerzeit ausgerechnet der explizite Kommunistengegner und Nationalrat Ernst Mühlemann als einer der beiden Bericht-erstatte des Europarats die Aufnahme Russlands empfahl, ist eine kleine Ironie der Geschichte.

Der in Strassburg angesiedelte Rat hat jetzt noch 46 Mitgliedsländer mit 676 Millionen Einwohnern; bei seiner Gründung 1949 waren es zehn Staaten.

Sein wichtigstes Organ ist die Parlamentarische Versammlung mit 318 Mitgliedern und 318 Stellvertretern. Die Schweiz hat sechs Repräsentanten und sechs Stellvertreter, die in Strassburg etwas ausländische Luft atmen und die Mechanik ‘multi-lateraler Europa-Diplomatie’ einüben können.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) dient der Überwachung der Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950. Seit 1998 ist der EGMR ein ständig tagender Gerichtshof, jedes Mitgliedsland hat Anspruch auf eine vollamtliche Richterstelle.

Die Türkei, die seit Jahren den Geist und die Grundsätze des Europarats ritzt oder gar verletzt, genießt als Bollwerk der NATO-Südostflanke eine Art informellen Sonderstatus.

Zur Entwicklung des Gerichtshofs für Menschenrechte macht sich Oliver Zimmer in seinem Buch «Wer hat Angst vor Tell» kritische Gedanken.<sup>6</sup> Dabei kommt er auch auf die ‘dynamische Rechtsprechung’ der Juristen zu sprechen (Andreas Kley), die über kein politisches Mandat verfügen.

### ***Zur NATO***

Die Sowjetunion bzw. Josef Stalin hat sich nach dem *Zweiten Weltkrieg* nicht so verhalten, wie es sich der Westen bzw. Washington vorgestellt hatte. Heute einfach von ‘Naivität’ der USA zu sprechen, ist einfach. Interessant aber ist, dass der damalige Diplomat George F. Kennan mit seinem berühmt

---

<sup>6</sup> Vgl. Zimmer, Oliver: *Wer hat Angst vor Tell? Unzeitgemässes zur Demokratie*. Basel: Echtzeit-Verlag 2020, S. 135–161.

gewordenen, im Washingtoner Aussenministerium weit verbreiteten Telegramm aus Moskau für Ernüchterung in der Washingtoner Zentrale sorgte bzw. zu sorgen hatte.<sup>7</sup>

Noch vor kurzem sprach der französische Präsident Manuel Macron von der ‘hirntoten NATO’. Mit seinem aggressiven Vordringen war es unfreiwillig Russland, das dem Verteidigungsbündnis neues Leben eingehaucht hat. Das militärische Vordringen in Georgien, die Okkupation der Krim und schliesslich der Überfall auf die Ukraine (‘militärische Sondermission’) konnten nicht ohne Reaktionen bleiben: Die sogenannten nordischen Neutralen – Finnland und Schweden – haben ihre NATO-Beitrittsgesuche gestellt. In der Schweiz wird, im Nachgang zur ‘Partnerschaft für den Frieden’, über eine eventuell weiter gehende Zusammenarbeit mit der NATO nachgedacht. Gleichermassen erfährt die bisherige Lesart von Neutralität eine Überprüfung, der Aussenminister sprach 2022 von ‘partizipativer Neutralität’.

---

<sup>7</sup> Vgl. Götzfried, Daniela. George F. Kennans «Langes Telegramm» und seine Bedeutung für die frühe Phase des Kalten Krieges, München, 2008.

Zu erwähnen ist auch der (Dauer-)Konflikt zwischen den NATO-Mitgliedern Türkei und Griechenland, der jeweils vor türkischen Wahlen besonders angeheizt wird. Die Türkei stellt die Grenzziehungen von 1922/23 der Verhandlungen von Lausanne in Frage, es geht um ihr vorgelagerte Inseln. Ein anderes Thema in diesem Zusammenhang bildet das zweigeteilte Zypern, wo seit Jahrzehnten UNO-Friedenstruppen für Ruhe zu sorgen haben.

### *Zur EWG, EG, EU*

Der heute dominierende Akteur in Europa, ja die eigentliche ‘Integrations-Maschine’, ist die Europäische Union (EU). Sie wurde 1957 von sechs Ländern als Zollunion (EWG) gegründet und wies danach bei allen Grenzübertrittspunkten den gleichen Aussenzoll auf. Das oft auch als europäisches Friedensprojekt bezeichnete Vorhaben schloss bei deren Schaffung den nördlichen Teil Algeriens mit ein. Die ‘Integrationsschritte’ in West-Europa nach 1945 verliefen etwa entlang der Linie ‘Umsetzung des Marshall-Plans’ (und in diesem Zusammenhang auch die Kreierung der BENELUX-Staaten), ‘Montan-Union’ (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, ab 1951), ‘EWG’ (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, ab 1958), ‘EG’ (Europäische

Gemeinschaft, ab 1993) und schliesslich EU (Europäische Union, ab 2009).

Den von Grossbritannien initiierten Gegenentwurf 'EFTA' (European Free Trade Association, 1960) hat es selber ein Jahr später verraten: Grossbritannien stellte der EWG ein Beitrittsgesuch, ohne die verduztten EFTA-Partner, darunter die Schweiz, zu informieren oder zu konsultieren. Die zweimalige Zurückweisung durch den französischen Präsidenten Charles De Gaulle zwang die Briten, so lange bei ihren EFTA-Partnern zu bleiben, bis der nächste Präsident, Georges Pompidou, 1969 die EWG-Beitrittsverhandlungen nicht mehr blockierte. Mit den übrigen EFTA-Ländern schloss die EWG je ein Freihandelsabkommen ab, das auch als einfaches 'Waren-Abkommen' bezeichnet wird. Nach dem Zwischenschritt EWR (Europäischer Wirtschaftsraum) und dem Übertritt von Österreich, Finnland und Schweden in die EU auf Januar 1995 hat die EFTA heute noch vier Mitglieder: Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz. Die drei Erstgenannten traten zusätzlich dem EWR bei, die schweizerische Stimmbevölkerung lehnte dies ab.

Das EWG-Erfolgsmodell besteht aus einer Zollunion mit dem überall gleichen Aussenzoll und dem

so entstandenen ‘Gemeinsamen Markt’, schliesslich den an die Brüsseler Zentrale (Kommission) delegierten Kompetenzen und ihren eigenen Einnahmequellen. Vereinfacht kann man sagen, dass, je grösser ihr vereinheitlichter Markt ist, desto schwerer wiegt ihr Verhandlungsgewicht.

Die 1958 formulierte Zielsetzung, ‘eine immer enger werdende Union anzustreben’<sup>8</sup>, kollidierte mit der direkt-demokratischen und stark föderalen Struktur der Schweiz von Anbeginn. Dieser Widerspruch ist bis heute nicht aufgelöst: Je mehr sich die EU-Länder zu einer wirtschaftlichen und politischen Einheit ‘integrieren’, desto mehr hinkt die Schweiz hinten nach; das helvetische Tempo der ‘Aufholjagd’ reicht in der Regel nicht. Die Schweiz und die EU behelfen sich schliesslich mit einem Strauss an ‘bilateralen Verträgen’. Diese durch ein sogenanntes Rahmenabkommen abzulösen, ist bisher gescheitert. Nachdem der Schweiz diverse Male signalisiert worden war, dass es nichts mehr zu verhandeln gebe, brach sie die Gespräche über ein Rahmenabkommen schliesslich ab. Bei der Güterabwägung der Regierung, das Risiko einer mög-

---

<sup>8</sup> Siehe z. B. EU Vertrag von Lissabon, in: Amtsblatt EU, Präambel, C 326, S. 16, 26.10.2012.

lichen Abfuhr bei der Stimmbevölkerung einzu-gehen, kam sie zum Schluss, dass dieses zu hoch ist. Diese ‘direkt-demokratische Problematik’ Vertre-tern von EU-Staaten oder gar der Kommission zu erklären, ist nicht einfach.

Interessant ist die Betrachtung der diversen Span-nungen und gelegentlichen Konflikte zwischen den USA und dem immer selbstbewusster werdenden ‘EU-Europa’ (EWG, EG, EU). Obwohl unter dem militärischen Schutzschirm der USA bleibend, sieht man sich selbst immer weniger gerne als Ratschlags-oder gar Befehlsempfänger, sondern mehr oder weniger als gleichwertiger Partner. Das dauert jeweils bis zur nächsten militärischen Krise: Dann akzeptiert man den Schutzschirm der USA nur zu gerne.

Einen besonderen Tiefschlag mussten die EU-Länder mit dem Austritt Grossbritanniens hinneh-men. Dieser reduzierte nicht nur die Anzahl der Konsumenten, also die ‘Marktmacht’. Die EU ver-lor damit auch einen gewichtigen Netto-Beitrags-zahler.

### ***Zur KSZE (OSZE)***

Eine besondere Initiative war die ‘Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa’, die

KSZE. Sie umfasste die USA, Kanada und West-Europa sowie den Osten Europas inklusive Sowjetunion. Die marktwirtschaftlich und planwirtschaftlich orientierten Länder, letztlich die NATO- und die WAPPA-Staaten (die Staaten des Warschauer Paktes), versuchten ihre Spannungen abzubauen und gemeinsame Interessen zu definieren. So stand für die osteuropäischen Staaten etwa die 'Unverrückbarkeit der Nachkriegs-Grenzen' im Vordergrund. Die Konferenz startete 1975 in Helsinki mit 35 Staaten. Dabei spielten auch kleinere Länder, insbesondere die Neutralen, eine gewisse Rolle; diplomatische Naturtalente wie etwa der spätere Staatssekretär Eduard Brunner liefen zu Höchstform auf.

1995 wurde die KSZE in eine Organisation (OSZE) umgewandelt, es wird auch von einer 'Verstetigten Staatenkonferenz zur Friedenssicherung' gesprochen. Die OSZE, mit Sitz in Wien, spielt bis heute eine gewisse Rolle, vor allem als 'Watch-Dog'. Sind die unmittelbaren Interessen der Sowjetunion, die nach ihrem Zusammenbruch 1991 zu Russland wurde, tangiert, so agiert sie zahm. Bei kleinen Staaten wirkt sie ihrem Auftrag gemäss, so etwa in den baltischen Staaten zum Schutz der russischen Minderheiten.

Russland konnte trotz der Existenz der OSZE Krieg gegen Georgien führen, die Krim annektieren, Teile der Ukraine indirekt okkupieren. Schliesslich versuchte sie am 22. Februar 2022 in den souveränen Staat Ukraine einzumarschieren, im Rahmen der sogenannten ‘Militärischen Spezialoperation’. Russland stiess auf den erbitterten Widerstand der Ukraine. Mit dem russischen Angriffskrieg war im Westen die kritische Grenze schliesslich doch erreicht.

## Zeitenwende I

Der finanzielle Zusammenbruch der Sowjetunion beendete 1989 den Kalten Krieg. In Ost- und Westeuropa kam es zu euphorischen Szenen z. B. bei der Familienzusammenführung. Nach der jahrelangen Pein ‘sozialistischer Zwangsherrschaft’ u. a. mit ihren Warteschlangen vor Lebensmittel- und Konsumläden herrschte auch angesichts des nun erreichbaren westlichen Angebots Hochstimmung. Als weiterer symbolischer Höhepunkt mag nach dem bejubelten Mauerfall in Berlin die deutsche Wiedervereinigung gelten, der Slogan ‘Zusammen wächst, was zusammengehört’, machte die Runde. Die Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik in Bern wurde geschlossen, der letzte Repräsentant des Arbeiter- und Bauernstaats abgezogen.

Und schliesslich wurde Berlin gar wieder zur Hauptstadt.

Im Westen wurde die ‘Friedensdividende’ bald für andere Prioritäten als für die Rüstung eingestrichen. Vorbei war das Üben von Panzerschlachten gegen einen angenommenen Feind aus dem Osten, vorbei die Verteidigung gegen eine denkbare ‘vertikale Umfassung’.

Die osteuropäischen Staaten orientierten sich wieder unabhängig bzw. dorthin, wo sie Sicherheit und Unterstützung erwarten konnten, also in Richtung Westen. Der Europäischen Union kommt bei deren Integration ein grosses Verdienst zu.

Die ‘baltischen Staaten’, von den europäischen Landkarten längst verschwunden, tauchten erneut auf. Und wie staunten etwa die höheren Bundesbeamten des EDA in Bern als ihnen überraschend eine lettische Delegation gegenüber sass und keck ihr Gebäude, die ‘Villa rose’ in Genf, zurückforderte. Nach einigen Sitzungen dämmerte es den verdutzten Schweizern, dass sie eine Lösung zu finden hatten: Die Sowjetunion hatte die Villa für sich selbst beansprucht. Der Eidgenossenschaft war sie lettischerseits treuhänderisch, und somit ‘tempo-

rär', anvertraut worden. Eine gewisse Lösung brachten eidgenössische Kredite, mit denen Lettland Botschaftsgebäude im Ausland erwerben konnte.

Wie in Westeuropa die baltischen Delegationen anfänglich durch die Hintertüren in den Aussenministerien empfangen wurden, kann nachgelesen werden. Der Osteuropa-Korrespondent der NZZ, Andreas Oplatka, brachte 1999 das Buch 'Lennart Meri – Ein Leben für Estland' heraus.<sup>9</sup> Im 'Dialog mit dem Präsidenten' rollte er exemplarisch die Geschichte dieser gepeinigten Familie auf – inklusive ihrer Deportation nach Sibirien. Ihre Rückkehr nach Estland war keineswegs selbstverständlich. Island ging mutig voran und anerkannte 1990/1991 Estland, Lettland und Litauen wieder als unabhängige Staaten. Westeuropa folgte zögerlich.

Wer im Kalten Krieg aufgewachsen war, erlebte also eine veritable Zeitenwende. Sie umfasste, grosszügig gerechnet, etwa dreissig Jahre. Überoptimistisch hatte Politikwissenschaftler Francis Fukuyama 1992 seinem Buch den süffigen Titel 'Das

---

<sup>9</sup> Vgl. Meri, Lennart, and Andreas Oplatka. Lennart Meri, ein Leben für Estland : Dialog mit dem Präsidenten. Zürich: Verl. Neue Zürcher Zeitung, 1999.

Ende der Geschichte' gegeben, es wurde zum Weltbestseller; Fukuyama bezog sich auf den Sieg des Liberalismus.

Neu zu orientieren hatten sich die westeuropäischen Regierungen, namentlich die Aussen- und Verteidigungsministerien; Parlamentarier übernahmen z. T. Schrittmacherfunktionen.

Gleichzeitig verlief ein tiefgreifender technologischer Wandel, der u. a. die Kommunikationstechnik betraf. Internet und Mobiltelefone ermöglichten eine Verständigung, die z. B. auch dem Au-pair-Mädchen aus Estland fast Gratis-Verbindungen in die halbe Welt boten. Das überraschende Kappen der Festnetz-Auslandverbindungen für die baltischen Staaten, sie liefen über Moskau, konnte so mit einem mobilen Netz relativ rasch überwunden werden, die eigene, aufwendige 'Festnetzphase' wurde übersprungen.

## **Zeitenwende II**

Wer den russischen Krieg in Georgien (2008) noch nicht als erstes Alarmzeichen sah, hätte dies später bei der russischen Okkupation der Krim (2014) tun müssen. Aber auch die verschiedenen Einwirkungen am Rande der Ukraine deuteten darauf hin, dass

Russland nicht wirklich gewillt war, sich in die westlich-dominierte Staatenwelt einzuordnen. Die im Februar 2022 ausgelöste ‘russische Spezialoperation’ in der Ukraine, hat schliesslich alle Illusionen auf eine ‘friedlichere Welt’ platzen lassen. Eine erneute ‘Zeitenwende’ ist eingetreten. Am 24. Februar 2023, dem Jahrestag des russischen Einmarsches in die Ukraine, spricht bzw. schreibt der Chefredaktor der Neuen Zürcher Zeitung von einem ‘Neuen Weltkrieg’.<sup>10</sup> Der Papst sekundiert ihn ein paar Tage später. Etwas optimistischer tönt es seitens des ETH-Militärökonomes Marcus Matthias Keupp. Er zählt die Anzahl zerstörter russischer Panzer pro Tag und prognostiziert damit das Ende des Krieges auf Oktober 2023.

Theodor Winkler, ehemals im Stab des Department für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), der wie kein zweiter in der Schweiz bei der Verwendung der Friedensdividende im Rahmen der ersten Zeitenwende kreativ wirken konnte und nach seiner Pensionierung in beachtlicher Weise publizierte, spricht davon, dass der russische Präsident den Westen belogen hat. Das trifft sicher zu. Die männerfreundschaftlichen Bande nach Moskau

---

<sup>10</sup> Gujer, Eric: Der Neue Weltkrieg: ein Jahr russische Invasion und die Folgen für die Weltpolitik, in: NZZ vom 24.02.2023, 1.

ehemaliger Bundeskanzler oder amtierender Staatspräsidenten dämpften wohl die sonst gepflegte Vorsicht. Das ist das eine, das andere ist eine Art Naivität. Wenn man schon aus der Lektüre der Geschichte nichts gelernt hat (man war ja zum Teil auch Zeitzeuge!), dann hätte man doch die *osteuropäischen* Warnsignale ernst nehmen können. Darüber hinaus mutet es geradezu verwegen an, dass man mit einem ehemaligen KGB-Beamten vertrauensvoll verkehrt.

**Fazit:** Erneut sind nach dem Zweiten Weltkrieg die ‘Ordnungsversuche in einer unfriedlichen Welt’ in dem Sinne gescheitert, dass sie nur sehr beschränkt nachhaltig waren. Damit sind aber nur die zentralen Kräfte angesprochen. Auf vielen Nebenschauplätzen gingen die Auseinandersetzungen ohnehin kontinuierlich weiter. Mit Russland und China stehen dem Westen heute zwei Opponenten entgegen, die sich die Welt nach ihren Vorstellungen einrichten wollen. Ob das ‘Schicksal’ die Schweiz auch bei diesem vorhersehbaren, globalen Kampf nochmals verschonen wird, wird sich weisen.

Wie oben erwähnt, habe ich mich in der vorliegenden Betrachtung vor allem auf Europa konzentriert. Dies deshalb, da wir zu den hier stattgefundenen

Entwicklungen zumeist in einer direkten oder indirekten Beziehung stehen. Kriege und Konflikte in aussereuropäischen Kontinenten (Afrika, Asien, oder Lateinamerika) hingegen, sind für uns abstraktere Grössen.

## Nachwort für Studierende

Die Welt hat sich stark verändert. Sie ist heute vernetzter denn je. Das ‘global village’ ist in vielen Bereichen Wirklichkeit geworden.

Das gilt auch für die Schweizer Regierung mit ihrer Bundesverwaltung. Es gilt für das Parlament, für die Wirtschaft und ihre Verbände, die Medien, die NGOs und die Universitäten.

Heute gibt es in Bern kaum noch ein Departement, das nicht über mehr oder weniger eigenständige Aussenbeziehungen in seinen Fachbereichen verfügt. Das schweizerische Präsidialsystem mit seiner jährlichen Rotation und dem Umstand, dass der Bundespräsident im Wesentlichen nur die Agenda der Sitzungen bestimmt und temporär die Spitze des Gesamtbundesrates (d.h. des Schweizerischen Staatsoberhauptes) repräsentiert, bringt es mit sich, dass auch die Stäbe des jeweiligen Bundespräsidenten stärker mit Aussenbeziehungen beschäftigt sind. Damit ergeben sich für Absolventinnen und Absolventen von Universitäten oder höheren Fachhochschulen eine Vielzahl von Einstiegsmöglichkeiten in den Bereich ‘Aussenbeziehungen’. Dass dabei die englische Sprache (trotz des Austritts Grossbritanniens aus der EU) dominiert, ist eine

Realität die heute all jene berücksichtigen müssen, die im Feld von 'foreign relations' in der einen oder anderen Art tätig sein möchten.

Ein kurzer Blick auf die sieben Departemente der Bundesverwaltung (ca. 40'000 Angestellte) in ihrer offiziellen Reihenfolge verdeutlichen das Gesagte. Die entsprechenden Websites bieten Einblick und zeigen mit den zugehörigen Bundesämtern die Themenvielfalt auf:

- Departement für auswärtige Angelegenheiten, EDA: [www.eda.damin.ch](http://www.eda.damin.ch)
- Departement des Inneren, EDI: [www.edi.admin.ch](http://www.edi.admin.ch)
- Justiz- und Polizeidepartement, EJPD: [www.ejpd.admin.ch](http://www.ejpd.admin.ch)
- Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, VBS: [www.vbs.admin.ch](http://www.vbs.admin.ch)
- Eidgenössisches Finanzdepartement, EFD: [www.efd.admin.ch](http://www.efd.admin.ch)
- Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung, WBF: [www.wbf.admin.ch](http://www.wbf.admin.ch)
- Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation, UVEK: [www.uvek.admin.ch](http://www.uvek.admin.ch)

Wer auf kantonaler oder kommunaler Stufe, d.h. in Städten und Gemeinden, arbeiten möchte, findet auch hier diverse Möglichkeiten (EU-Thema, Standortförderung, Tourismus, Asyl- und Migrationsthematik, Integrationsarbeit).

## Literaturverzeichnis

*Brühlmeier, Daniel* (Hg.): Zürich und der Wiener Kongress. Erklärung über die Angelegenheiten der Schweiz vom 20. März 1815. Kanton Zürich. Zürich, Chronos 2015.

*Frei, Daniel*: Kriegsverhütung und Friedenssicherung. Eine Einführung in die Probleme der internationalen Beziehungen. Frauenfeld, Stuttgart, Verlag Huber 1970.

*Götzfried, Daniela*: George F. Kennans «Langes Telegramm» und seine Bedeutung für die frühe Phase des Kalten Krieges. Studienarbeit, Universität Augsburg, Grin Verlag 2008.

*Gujer, Eric*: Der Neue Weltkrieg: ein Jahr russische Invasion und die Folgen für die Weltpolitik, in: NZZ vom 24.02.2023, 1.

*Kant, Immanuel*: Zum ewigen Frieden. Berlin, Suhrkamp 2022 [1795].

*Matis, Vita*: Villa Rose – treu gehütet? In: Schweizer Max (Hg.), Zwischen Riga und Lugano, Schweizerisch-lettisches Lesebuch, Zürich, Werd-Verlag 2001, S. 305–325.

*Meri, Lennart; Oplatka, Andreas:* Lennart Meri, ein Leben für Estland: Dialog mit dem Präsidenten. Zürich, Verl. Neue Zürcher Zeitung 1999.

*Münkler, Herfried:* Der Dreissigjährige Krieg. Europäische Katastrophe, Deutsches Trauma 1648 – 1648. Hamburg, Rowohlt Taschenbuch Verlag 2019.

*Putzger, Friedrich Wilhelm:* Historischer Atlas, Atlas Historique. 4. Aufl. Aarau, H. R. Sauerländer; Lausanne, Payot 1969.

*Schweizer, Max* (Hg.): Aussenpolitisches Lesebuch. Schweiz, Europa, Welt. Wien, LIT Verlag 2018.

*Schweizer, Max* (Hg.): Die Schweiz im Welthandelsdorf. Initiativen, Konferenzen, Konflikte. Ein Lesebuch. Zürich, Chronos 2016.

*Schweizer, Max; Ursprung, Dominique* (Hg.): Integration am Ende? Die Schweiz im Diskurs über ihre Europapolitik. Ein Lesebuch. Zürich, Chronos 1969.

*Spénlé, Christoph A.; Mattli, Arthur:* Kompendium zum Schutz der Menschenrechte. Quellensammlung für die Schweiz. Bern, Stämpfli Verlag 2009.

*van Reybrouk, David:* Kongo. Eine Geschichte. Berlin, Suhrkamp 2013.

*van Reybrouk, David:* REVOLUSI – Indonesien und die Entstehung der modernen Welt. Berlin, Suhrkamp 2022.

*Widmer, Paul:* Diplomatie. Ein Handbuch. Zürich, Verlag Neue Zürcher Zeitung 2014.

*Widmer, Sigmund:* Illustrierte Geschichte der Schweiz. 4., erw. Aufl. Zürich, Verlag Ex Libris 1977.

*Winkler, Theodor:* Was unsere Welt verändert. Wien, LIT Verlag 2022.

*Winkler, Theodor:* Zeitenwende. Wien, LIT Verlag 2023.

*Ylikangas, Heikki:* Der Weg nach Tampere. Die Niederlage der Roten im finnischen Bürgerkrieg 1918. Berlin, Berliner Wissenschafts-Verlag 2002.

*Zimmer, Oliver:* Wer hat Angst vor Tell? Unzeitgemässes zur Demokratie. Basel, Echtzeit Verlag 2020.





## Impressum

### Zitervorschlag:

Max Schweizer, Ordnungsversuche in einer unfriedlichen Welt. Ansätze, Instrumente, Organisationen – kritische Betrachtungen eines früheren Diplomaten, mit einem Vorwort von Antonius Liedhegener  
(= MA RWP Lectures, Bd. 4) Luzern: Universität Luzern/  
ZRWP 2023 (DOI: 10.5281/zenodo.8269307)

Universität Luzern

Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik (ZRWP)  
Frohburgstrasse 3, 6002 Luzern, [www.zrwp.ch](http://www.zrwp.ch)

DOI: 10.5281/zenodo.8269307

Lizenz: CC BY 4.0

Redaktion: Silvia Martens, Laura Hoffman